

"Nicht alle Wege führen nach Rom" in Süddeutsche Zeitung (4. Oktober 2003)

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft, Sport. 04.10.2003.

München: Süddeutscher Verlag.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"nicht_alle_wege_fuehren_nach_rom"_in_suddeutsche_zeitung_4_oktober_2003-de-40ab08da-fee4-426b-a6f9-fa04464b40dc.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Nicht alle Wege führen nach Rom

In der italienischen Hauptstadt soll die EU-Verfassung verabschiedet werden – doch die Widerstände sind gewaltig

Von Stefan Ulrich

Alle Wege führen nach Rom – das soll auch für die Regierungskonferenz gelten, die an diesem Samstag beginnt. Geht es nach Silvio Berlusconi, so wird sich die Konferenz noch unter italienischem EU-Ratsvorsitz, also bis Dezember, auf eine Verfassung für die Europäische Union einigen. Doch auch wenn sich die Sache verzögert, wird das neue Abkommen am Ende "Vertrag von Rom" genannt. Das haben die Staats- und Regierungschefs ihrem Kollegen Berlusconi versprochen. Schließlich wurde in Rom 1957 mit Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eine Basis für die EU gelegt.

Rom wird sich also mit der Verfassung schmücken können – wenn diese zu Stande kommt. Hierzu müsste die wohl schwierigste Regierungskonferenz der EU-Geschichte zum Erfolg geführt werden. Diese Konferenz hat viele Gesichter, und an dieser Vielfalt könnte sie scheitern. Einigen müssen sich alle Staats- und Regierungschefs der 15 EU-Mitgliedsländer sowie ihre Kollegen aus jenen zehn Staaten, die im kommenden Jahr beitreten. Die Sacharbeit wird dabei von den Außenministern geleistet. Der Zeitplan der Italiener sieht bis zu zehn Konferenztreffen vor, die in Rom und Brüssel abgehalten werden. Einen Durchbruch erhofft sich Berlusconi von einem "Ministerkonklave" im November. Außerdem soll eine strenge Regie zum Konsens führen. Am Ende müsse eine Verfassung stehen, die dem "erweiterten Europa Stärke, Effizienz und Dynamik" gibt, fordert Rom.

Die Konferenz braucht dabei nicht bei Null anzufangen. Als Grundlage dient ein Verfassungsentwurf, den ein EU-Konvent unter Valéry Giscard d'Estaing erarbeitet hat. Das Ergebnis fasst die bisherigen europäischen Verträge in einem Dokument zusammen, das auch die Grundrechte-Charta der Europäischen Union enthält. Die Union bekommt eine eigene Rechtspersönlichkeit, ihre Verfahren werden vereinfacht, ihre Zuständigkeiten von denen der einzelnen Mitgliedstaaten schärfer abgegrenzt. Eine Stärkung ihres Parlaments soll die Union demokratisieren. Zudem soll ein Außenminister die Gemeinschaft weltpolitikfähig machen.

Giscard d'Estaing hat die Staaten davor gewarnt, sein mühsam zusammengeschnürtes Kompromisspaket wieder auseinander zu reißen. Genauso sehen das die sechs Europa-Gründerstaaten Italien, Deutschland, Frankreich und die Benelux-Länder sowie – mit Abstrichen – Großbritannien. So mahnt die italienische Regierung, die "Büchse der Pandora" geschlossen zu halten. Wer durch Abwechslertum den Erfolg gefährde, müsse sich vor Europas Bürgern rechtfertigen.

Noch deutlicher wird die Bundesregierung. Sie verlangt, dass jeder Staat, der einen Änderungsvorschlag einbringt, den Konsens der übrigen 24 herbeiführen muss. "Wer (das Paket) aufmacht, muss es auch wieder zumachen", sagt Außenminister Joschka Fischer. Ausdrücklich warnte Berlin dieser Tage davor, "die Dämme zu brechen". Dann werde man selbst in die Offensive gehen. Von einer "langen Folterliste" ist die Rede. Zudem erinnert der Nettozahler Deutschland an kommende EU-Finanzverhandlungen – ein Wink mit dem Rotstift an die Beitrittskandidaten.

Beobachter befürchten dennoch, dass das Konventspaket zerfleddert wird. Zu verbissen wird der Kampf um nationalen Einfluss geführt, zu unvereinbar sind die Konzepte, wonach die Union ein Staatenbund bleiben oder sich Richtung Bundesstaat entwickeln soll. Tausend Änderungsanträge sollen die Delegationen im Gepäck haben. "Nizza oder der Tod", lautet etwa der Kampfruf der Mittelgewichtler Spanien und Polen. Sie verlangen, dass ihre Stimmen bei EU-Mehrheitsbeschlüssen genau so übermäßig gewichtet werden, wie sie das in Nizza ertrotzt haben. Große Länder wie Deutschland und Frankreich wollen das Missverhältnis korrigieren, indem künftig bei Abstimmungen die Bevölkerungszahl stärker berücksichtigt wird.

Viele kleinere Staaten stoßen sich auch daran, dass in Zukunft nicht mehr alle Länder permanent einen stimmberechtigten Kommissar stellen sollen. Einige Regierungen wollen keine Mehrheitsabstimmungen in

Steuerfragen, andere verwarren sich gegen Vorstöße in der Verteidigungspolitik, wieder andere möchten einen Gottesbezug in der Verfassung sehen. "Wie es aussieht, kann Italien den Abschluss zu Jahresende vergessen", unkt der belgische Europa-Staatssekretär Jacques Simonet. Doch selbst wenn sich die Konferenz einigen sollte, bietet das keine Erfolgsgarantie. Die neue Verfassung müsste danach von den 25 Alt- und Neu-EU-Staaten ratifiziert werden. In einigen Ländern wird es Volksentscheide geben. Spätestens seit dem Euro-Referendum in Schweden muss dies EU-Strategen Albträume bereiten. Sie wissen: Viele Wege mögen Richtung Rom führen, doch nicht alle kommen dort an.